

Europäischer Pakt für die Jugend

(Anhang 1 der Schlussfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rates – Brüssel, 22. und 23. März 2005 (7619/05))

Vor dem Hintergrund der Bevölkerungsalterung in Europa muss nach Auffassung des Europäischen Rates dafür gesorgt werden, dass der Jugend Europas ein Paket von Strategien und Maßnahmen zugute kommt, die sich voll und ganz in die Lissabonner Strategie einfügen. Der Pakt für die Jugend zielt darauf ab, die allgemeine und die berufliche Bildung, die Mobilität sowie die berufliche und soziale Eingliederung der europäischen Jugend zu verbessern und zugleich die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familienleben zu erleichtern. Der Pakt soll gewährleisten, dass alle auf diesen Gebieten einzuleitenden Initiativen aufeinander abgestimmt sind, und er soll den Ausgangspunkt für eine intensive und kontinuierliche Mobilisierung zugunsten der Jugend darstellen. Für seinen Erfolg bedarf es der Mitwirkung aller Beteiligten und in allererster Linie der nationalen, regionalen und örtlichen Jugendorganisationen sowie des Europäischen Jugendforums, der Gebietskörperschaften und der Sozialpartner.

Der Europäische Rat fordert die Union und die Mitgliedstaaten auf, sich im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten insbesondere im Rahmen der europäischen Beschäftigungsstrategie und der Strategie zur sozialen Eingliederung an folgenden Vorgaben zu orientieren:

Beschäftigung, Integration, sozialer Aufstieg

- Die politischen Maßnahmen zur dauerhaften Eingliederung Jugendlicher in den Arbeitsmarkt sollen im Rahmen des Programms "Voneinander Lernen" besonders beobachtet werden.
- Es soll ein Beschäftigungszuwachs bei Jugendlichen angestrebt werden.
- Im Rahmen der nationalen Politik zur sozialen Eingliederung sollen die Verbesserung der Lage besonders benachteiligter Jugendlicher, insbesondere der in Armut lebenden Jugendlichen, sowie die Initiativen zur Verhinderung des Schulabbruchs Vorrang haben.
- Die Arbeitgeber und die Unternehmen sollen aufgefordert werden, bei der beruflichen

Eingliederung junger Menschen soziale Verantwortung walten zu lassen.

- Junge Menschen sollen ermutigt werden, Unternehmergeist zu entwickeln und sich als Jungunternehmer zu betätigen.

Allgemeine und berufliche Bildung, Mobilität

- Es ist dafür zu sorgen, dass die Kenntnisse den Bedürfnissen der wissensbasierten Wirtschaft gerecht werden und dafür ein gemeinsamer Grundstock von Fähigkeiten festgelegt wird; in diesem Zusammenhang sollen die Anstrengungen vorrangig auf die Problematik des Schulabbruchs konzentriert werden.
- Die Möglichkeiten eines Studienaufenthalts in einem anderen Mitgliedstaat sollen ausgeweitet werden.
- Die Mobilität junger Menschen soll durch die Beseitigung von Hemmnissen für Praktikanten, Freiwillige und Arbeitnehmer und ihre Familien begünstigt werden.
- Für Forscher sind die laufenden Initiativen im Rahmen des Programms Marie Curie zu intensivieren.
- Zwischen den Mitgliedstaaten ist eine engere Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Transparenz und der Vergleichbarkeit beruflicher Qualifikationen sowie eine Anerkennung der nichtformalen und informellen Bildung herbeizuführen.

Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben

- Die Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben soll insbesondere durch die Ausweitung der Betreuungsmöglichkeiten für Kinder und die Konzipierung innovativer Modelle für die Arbeitsorganisation in der Weise gefördert werden, dass die Verantwortung zwischen den Partnern geteilt wird.
- Die Strategien zur Förderung der Kinderbetreuung sollen im Lichte der Debatte über das Grünbuch der Kommission zu den demografischen Veränderungen geprüft werden.